

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses  
am Donnerstag, dem 18.06.2009, im Großen Ausschussszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. C4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:50 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Informationen zum Jahresabschluss 2008 <b>081/2009</b>	4
2.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und <b>083/2009</b> Auszahlungen 2008	6
3.	Bericht zur Haushaltssituation 2009 <b>082/2009</b>	7
4.	Finanzierung von Beratungsleistungen im Rah- <b>070/2009</b> men der Einrichtung von Studienorten der Fachhochschule Münster im Kreis Warendorf	9
5.	Spaltung der Beteiligungsgesellschaft der Ab- <b>069/2009</b> fallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Waren- dorf mbH und der Entsorgungswirtschaft Soest GmbH (BEA) mit Neugründung der Beteili- gungsgesellschaft der AWG mbH (BGA)	10
6.	Umsetzung des Konjunkturpakets II durch den <b>087/2009</b> Kreis Warendorf	11
7.	Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhe- <b>043/2009</b> bung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förde- rung von Kindern in der Kindertagespflege (Kin- dertagespflege-Beitragssatzung) vom 09.06.2006	13

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Grundstücksangelegenheit Wulmeringhausen **088/2009**

**Anlagen**

Anlage 1 Informationen zum Jahresabschluss 2008

Anlage 2 Informationen zur Haushaltssituation 2009

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>	
Bürsmeier-Nauert, Mechtild	
<b>Ausschussmitglieder</b>	
Bing, Norbert	
Gutsche, Guido	
Holtermann, Carl	
Juli, Reimund	
Krause, Winfried	
Kreft, Peter	
Neumann, Jochem	
Northoff, Robert	
Oertker, Herbert	
Pries, Wilhelm	
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>	
Dufhues, Hannelore	Vertretung für Herrn Rolf Möllmann
Steiner, Hans-Rüdiger	Vertretung für Herrn Franz-Josef Busch- kamp
Wartala, Franz-Jörg	Vertretung für Herrn Winfried Kaup
<b>von der Verwaltung</b>	
Funke, Stefan Dr.	
Gnerlich, Friedrich (zu den Pkt. 5 und 6)	
Kemper, Friedrich	
Prinz, Rudolf	

Frau Bürsmeier-Nauert eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 04.06.2009 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

**I. Öffentlicher Teil****1. Informationen zum Jahresabschluss 2008****081/2009**

Herr Dr. Funke berichtet, dass die gesetzliche Frist für die Zuleitung des Jahresabschlussentwurfes an den Kreistag nicht eingehalten werden konnte. Gegenüber dem Vorjahr stellt die Aufstellung des Jahresabschlusses in der ersten Junihälfte aber schon eine erhebliche Verbesserung dar. In den nächsten Jahren wird eine weitere Verkürzung der Zeit bis zur Jahresabschlusserstellung angestrebt.

Im Vergleich zu den in der letzten Sitzung präsentierten vorläufigen Zahlen zum Jahresabschluss haben sich nur geringfügige Änderungen ergeben. Herr Dr. Funke empfiehlt insbesondere den Lagebericht und die Anlagen zum Anhang zur Lektüre. Hieraus lassen sich bereits die wichtigsten Daten des Jahresabschlusses entnehmen.

Die Aussagekraft des Lageberichts soll – insbesondere durch einen stärkeren Einbezug der Fachämter – weiter erhöht werden. Auch sollen dort künftig signifikante Abweichungen bei den Kennzahlen erläutert werden.

Auf die Details des Jahresabschlusses geht der Kreiskämmerer anhand einer PowerPoint-Präsentation ein (Anlage 1).

Nach Abzug der Ermächtigungsübertragungen von rd. 2,7 Mio. € verbleibt von dem Jahresüberschuss von knapp 3,2 Mio. € noch ein kleiner Überschuss von rd. 500 T€. Ein Großteil der Ermächtigungsübertragungen entfällt auf die Sanierung des Berufskollegs in Beckum. Im vergangenen Jahr wurden hier bereits Aufträge in erheblichem Umfang erteilt. Da diese Aufträge aber zum großen Teil erst in diesem Jahr zur Ausführung kommen, können die Aufwendungen nach dem doppischen System erst 2009 verbucht werden.

Bei Betrachtung der Ergebnisse für die wichtigen Ertrags- und Aufwandspositionen lassen sich sowohl bei den Erträgen (+ 5,8 Mio. €) als auch bei den Aufwendungen (+ 2,6 Mio. €) merkliche Überschreitungen der Ansätze feststellen. Darin enthalten sind allerdings allein rd. 3,2 Mio. €, die in der Folge der Kommunalisierung von Landesaufgaben sowohl als Aufwand (Pensionsrückstellungen für die übernommenen Landesbeamten) als auch als Ertrag (Belastungsausgleich des Landes) zu buchen waren.

Bei den sozialen Leistungen, einen der wichtigsten Aufwandspositionen, ist vor allem die gute Entwicklung bei den Aufwendungen für die Grundsicherung für Arbeitssuchende hervorzuheben. Diese positive Entwicklung im vergangenen Jahr scheint sich allerdings 2009 in Folge der Wirtschaftskrise bereits wieder umzukehren.

In der Finanzrechnung werden die Zahlungsströme des Kreises abgebildet. Der Jah-

resabschluss zeichnet hier ebenfalls ein positives Bild. Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit, der Cash-Flow, weist einen Überschuss von 9,1 Mio. € aus. Diese Mittel sind u.a. zur Finanzierung von Investitionen, dem Aufbau eines Kapitalstocks und zur Schuldentilgung verwandt worden. Dabei ist es auch gelungen die Kassenkredite vollständig abzubauen und darüber hinaus einen positiven Kassenbestand auszuweisen.

Der Schuldenstand konnte um rd. 2 Mio. € auf 33,2 Mio. € gesenkt werden. Damit wurde das Ziel einer jährlichen Schuldensenkung von 1 Mio. € übertroffen.

Abschließend erläutert Herr Dr. Funke detailliert die Auswirkungen von Ermächtigungsübertragungen auf das Eigenkapital. Aufgrund der Begrenzung der Ausgleichsrücklage auf den in der Eröffnungsbilanz festgesetzten Betrag, ist es derzeit nicht möglich, die Ausgleichsrücklage weiter aufzustocken. Stattdessen können Gewinne nur der Kapitalrücklage zugeführt werden.

Herr Bing meint, dass die Begrenzung der Ausgleichsrücklage auf den Betrag aus der Eröffnungsbilanz Kommunen benachteiligt, die in der Eröffnungsbilanz nur eine relativ geringe Ausgleichsrücklage ausweisen konnten.

Herr Dr. Funke bestätigt diese Auffassung. Aus diesem Grund haben auch einige Kommunen die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement bewusst verschoben, um bei der Bemessung der Ausgleichsrücklage von günstigeren Berechnungsgrundlagen zu profitieren. Andere Kommunen, die zu einem frühen Zeitpunkt umgestellt haben, wie z.B. Wadersloh und Everswinkel, sind dagegen benachteiligt. Im Rahmen der Evaluierung des NKF-Gesetzes setzen sich daher viele Kommunen für eine Änderung des Rücklagensystems oder für eine Abschaffung der Begrenzung der Ausgleichsrücklage ein.

Herr Gutsche betont, dass mit dem positiven Ergebnis von rd. 500 T€ (Jahresüberschuss abzüglich Ermächtigungsübertragungen) eine Punktladung geglückt ist und dabei alle finanzwirtschaftlichen Ziele (Schuldenabbau, Aufbau des Kapitalstocks) erreicht wurden. Allerdings weist er auch auf die schlechten Entwicklungen im laufenden Jahr hin. Es droht eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage, die aufgrund ihrer begrenzten Dotierung bei weiter ungünstigen Bedingungen in wenigen Jahren aufgebraucht sein könnte. Risiken ergeben sich auch aus der Entwicklung der Pensionsrückstellungen. Um eine höhere Prognosequalität zu erreichen, regt er die Beschaffung einer Berechnungssoftware für Pensionsrückstellungen an.

Herr Kreft hebt ebenfalls das positive Jahresergebnis hervor und weist auch auf die negativen Entwicklungen des laufenden Jahres hin. Er betont, dass es richtig war, den Haushalt 2008 ohne Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu planen, da in der Wirtschaftskrise sonst kaum noch Reserven vorhanden wären, um die Belastungen – auch im Sinne der kreisangehörigen Städte und Gemeinden - abzufedern.

Herr Neumann begrüßt insbesondere die Senkung des Schuldenstandes.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2.	<b>Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2008</b>	<b>083/2009</b>
----	---	-----------------

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Die in den Anlagen zur Sitzungsvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**3. Bericht zur Haushaltssituation 2009****082/2009**

Herr Dr. Funke stellt die wesentlichen Verschlechterungen dar, die sich für den Haushalt 2009 abzeichnen.

Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende geht die Verwaltung derzeit von einer Überschreitung des Haushaltsansatzes von 1 Mio. € aus. Zwar liegen die monatlichen Leistungen derzeit noch im Plan, aber für die nächsten Monate wird mit einem deutlichen Anstieg der Empfänger von Arbeitslosengeld II gerechnet.

Beim Pflegeaufwand ist eine Verschlechterung von rd. 900 T€ zu befürchten. Gründe sind insbesondere Mehraufwendungen beim Pflegewohngeld aufgrund steigender Fallzahlen und der Anstieg von Anträgen auf bewohnerorientierte Aufwendungszuschüsse für sog. eingestreute Kurzzeitpflegeplätze.

Im besonderen Maße wird der Haushalt durch höhere Pensionsrückstellungen in Folge der für 2009 und 2010 beschlossenen Besoldungserhöhungen belastet. Augenblicklich wird mit zusätzlichen Aufwendungen i.H.v. 2 Mio. € gerechnet. Genauere Zahlen soll eine Berechnung der Fa. Heubeck ergeben, deren Ergebnisse in nächster Zeit erwartet werden.

Unter Berücksichtigung von Mehrerträgen (+ 400 T€) aufgrund einer Erstattung von Krankenhilfekosten durch den LWL ergibt sich eine Gesamtergebnisverschlechterung von rd. 3,5 Mio. € (nach Abzug der Ermächtigungsübertragungen).

Nach den vorliegenden Zahlen ist davon auszugehen, dass der Haushaltsausgleich in diesem Jahr nur über die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage möglich wird. Das entspricht der im vergangenen Jahr erklärten Absicht, den 2007 erzielten Überschuss zur Vorsorge für wirtschaftlich schlechte Zeiten zurückzustellen.

Herr Kreft weist darauf hin, dass die Prognosen aus der ersten Jahreshälfte noch mit vielen Unsicherheiten behaftet sind. Gleichwohl seien die negativen Tendenzen beim Jahresergebnis erkennbar. Es sei daher richtig gewesen, mit dem Jahresüberschuss aus dem Jahr 2007 Vorsorge betrieben zu haben. Eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage sei in der jetzigen wirtschaftlichen Situation gerechtfertigt. Er weist allerdings auch warnend darauf hin, dass die Ausgleichsrücklage sehr schnell aufgebraucht sein könnte.

Herr Gutsche spricht die Mehraufwendungen für die eingestreuten Kurzzeitpflegeplätze an. Da die Kurzzeitpflege bspw. pflegende Angehörige bei der ambulanten Pflege entlaste, werde letztlich mit diesen Aufwendungen auch die Zielvorgabe "ambulant vor stationär" in der Pflege unterstützt.

Bei den Herren Kreft, Gutsche, Juli und Neumann besteht Einigkeit, dass die Zuführung des Überschusses 2007 in die Kapitalrücklage des Kreises eine sinnvolle Vorsorgemaßnahme war, auch um die kreisangehörigen Städte und Gemeinde gerade in schwierigen Zeiten nicht zusätzlich zu belasten.

Herr Oertker hält die Ausgleichsrücklage ebenfalls für ein gutes Instrument. Er weist aber darauf hin, dass bei einigen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Haushaltssituation bereits im vergangenen Jahr wesentlich schlechter als beim Kreis gewesen sei.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4.	<b>Finanzierung von Beratungsleistungen im Rahmen der Einrichtung von Studienorten der Fachhochschule Münster im Kreis Warendorf</b>	<b>070/2009</b>
----	--	-----------------

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Kreis Warendorf übernimmt die Kosten für Beratungsleistungen im Rahmen der Einrichtung von Studienorten der Fachhochschule Münster im Kreis Warendorf. Zur Finanzierung dieses Betrages (35.000 €) wird das bei der GfW geführte Gesellschafterdarlehen, das einen Bestand i.H.v. 79.680,19 € aufweist, in Anspruch genommen. Dem außerplanmäßigen Aufwand wird gem. § 53 KrO i.V.m. § 83 GO zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

5.	<b>Spaltung der Beteiligungsgesellschaft der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH und der Entsorgungswirtschaft Soest GmbH (BEA) mit Neugründung der Beteiligungsgesellschaft der AWG mbH (BGA)</b>	<b>069/2009</b>
----	--	-----------------

Frau Bürsmeier-Nauert weist darauf hin, dass eine frühzeitigere Beteiligung der Gremien des Kreistages wünschenswert gewesen wäre.

Herr Gnerlich erläutert die Umstände für die Beteiligungsneuordnung. Die damalige Gründung einer gemeinsamen Beteiligungsgesellschaft der AWG und der BEA zur Beteiligung an der Müllverbrennungsanlage in Hamm begründete sich u.a. mit dem sog. Schachtelprivileg. Mit diesem Privileg waren Steuervorteile verbunden. Nach dem Wegfall des Schachtelprivilegs zum 01.01.2008 treten andere Aspekte in den Vordergrund. Da im Kreis Warendorf der Bedarf an Müllverbrennungskapazitäten rückläufig ist, ist es von Vorteil, wenn die AWG unabhängig über ihre weitere Beteiligung an der Müllverbrennungsanlage entscheiden kann.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Kreistag genehmigt die Spaltung der BEA mit Neugründung der Beteiligungsgesellschaft der AWG mbH (BGA) als Tochtergesellschaft der AWG GmbH auf der Grundlage des beigefügten Gesellschaftsvertrages.

Der Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der AWG erhält Vollmacht, das Rechtsgeschäft (Spaltung mit Neugründung) zu genehmigen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>6.</b>	<b>Umsetzung des Konjunkturpakets II durch den Kreis Warendorf</b>	<b>087/2009</b>
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Funke erläutert ausführlich die um eine Ergänzungsvorlage (als Tischvorlage verteilt) erweiterte Beschlussvorlage.

Die vier nunmehr vorgeschlagenen Baumaßnahmen führen zu überplanmäßigen Aufwendungen, die jedoch durch Zuwendungen aus dem Konjunkturpaket II gedeckt sind. Bei der Sanierung des Museums Abtei Liesborn kommen noch Zuwendungen der Gemeinde Wadersloh und der GWK hinzu. Ein entsprechender Beschluss der GWK kann auf der nächsten Sitzung der Gesellschafterversammlung erfolgen.

Durch die Zuwendungen stellen die vorgeschlagenen Baumaßnahmen keine Belastung des Haushaltes dar.

Herr Kreft erkundigt sich nach dem Finanzierungsrahmen für das Berufskolleg Warendorf, nach den Beschlussmodalitäten bei der GWK für den Zuschuss für das Museum Abtei Liesborn und nach dem Planungsstand bezüglich des Gesundheitsamtes in Ahlen.

Herr Dr. Funke bestätigt, dass nach den nun vorliegenden Kostenberechnungen für den Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur 1.914.100 € gebunden sind. Damit stehen zur Finanzierung des Neubaus am Berufskolleg Warendorf etwas weniger Mittel bereit, als nach der Vorlage für den Kreistag am 27.03.2009 geplant. Hier sind die Planer gefordert, die Maßnahme dem Kostenrahmen anzupassen. Eine Überschreitung des Kostenrahmens und damit eine Belastung des Kreishaushalts soll vermieden werden.

Die Planungen im Bezug auf den Umbau und die Modernisierung des Gesundheitsamtes in Ahlen sind noch in einem frühen Stadium, so dass hier noch keine weitergehenden Auskünfte möglich sind.

Frau Bürsmeier-Nauert schlägt vor, die Gesellschafterversammlung der GWK unter Verzicht auf die üblichen Ladungsfristen am 26.06.2009 unmittelbar vor der Kreistagssitzung abzuhalten. Somit könnte noch vor der endgültigen Abstimmung im Kreistag die Gesellschafterversammlung über den Zuschuss der GWK entscheiden. Die Mitglieder sind einverstanden. Die Geschäftsführung wird kurzfristig zu der Versammlung einladen.

Herr Oertker fragt, ob die Verwaltung die Einsparungen bei den Energiekosten in Folge der energetischen Sanierungsmaßnahmen beziffern kann.

Herr Dr. Funke erklärt, dass derzeit keine belastbaren Zahlen hierzu vorliegen. Er rechnet nicht mit einer kurzfristigen Amortisation der Sanierungsmaßnahmen. Sobald sich genauere Werte berechnen lassen, wird die Verwaltung die Daten zusammenstellen und hierzu berichten.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Im Rahmen der Abwicklung des Konjunkturpakets II wird folgenden Maßnahmen gem. § 6 InvföG, § 53 KrO i.V.m. § 83 Abs.4 GO zugestimmt:

- |   |             |
|---|-------------|
| 1. der Sanierung und energetischen Ertüchtigung des Flachdaches des BK Ahlen mit Aufwendungen/Auszahlungen i.H.v.   | 311.600 €   |
| 2. der energetischen Sanierung der Hüllflächen der Regenbogenschule in Beckum, Kettlerstraße (Fassaden und Flachdach) mit Aufwendungen/Auszahlungen i.H.v.                                    | 734.000 €   |
| 3. der energetischen Sanierung der Hüllflächen der Aula des BK Beckum, Hansaring, mit Aufwendungen/Auszahlungen i.H.v.  | 871.500 €   |
| 4. der energetischen Sanierung der Ausstellungsflächen im Dachgeschoss einschl. Dachsanierung und Erneuerung der Heizungsanlage im Museum Abtei Liesborn mit Aufwendungen/Auszahlungen i.H.v. | 1.761.000 € |

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

7.	<b>Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in der Kindertagespflege (Kindertagespflege-Beitragssatzung) vom 09.06.2006</b>	<b>043/2009</b>
----	---	-----------------

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in der Kindertagespflege (Kindertagespflege-Beitragssatzung) wird zum 01.08.2009 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen